



..:Ein Monatsrückblick des ART Dresden:..

venceremos.antifa.net/art || NEU: art_dd@riseup.net

Stand: 22. Juni 2008

Gut gemeint ist nicht gut!

Anmerkungen zur Veranstaltung „Fremdenhass und Rassismus – die NPD als geistiger Brandstifter“



Nazis demonstrieren vor der Kreuzkirche

Innenansichten

Der Ausländerrat e.V. hatte im Rahmen des Gedenkens an Jorge Gomondai, der 1991 in Dresden von Nazis aus der Straßenbahn geworfen wurde und an den Folgen der schweren Verletzung verstarb, auch eine Veranstaltung zu „Fremdenhass und Rassismus – die NPD als geistiger Brandstifter“ organisiert. Auf dem Podium saßen PD Dr. habil. Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut), Dr. Olaf Vahrenhold (Verfassungsschutz Sachsen), Prof. Dr. Cornelius Weiss (MdL, SPD), Nabil Yacoub (Ausländerrates Dresden e.V.), Sven Forkert (Koordinator gegen Extremismus Landkreis Sächsische Schweiz).

Als Einführungsreferat stellte PD Dr. habil. S. Kailitz seine Thesen aus der Studie: „Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Na-

tionalisierungsprojekt der NPD“ vor. Er bezog sich in seiner Analyse schwerpunktmäßig auf die programmatischen Kernäußerungen der Partei. Auch er kommt dabei zu dem nicht überraschenden Schluß, dass die NPD als nationalsozialistisch zu charakterisieren ist. Kailitz bezog sich insbesondere auf das Streben nach einer ethnisch völlig homogenen Volksgemeinschaft. Dabei erläuterte er das von der NPD geplante Vertreibungskonzept, welches sie selbst als „Ausländerrückführung“ bezeichnet, näher. Im Kern so führt Kailitz aus, würde dies mehr als 11 Millionen in Deutschland lebende Menschen betreffen, teils hier geboren, teils deutscher Staatsangehörigkeit. Ausgehend von der bestehenden Realität leitet er aus dem nationalsozialistischen Vertreibungskonzept der NPD den logischen Schluß ab; ohne die Anwendung von Gewalt und die Einrichtung von Konzentrationslagern ist die geplante Vertreibung von Millionen Menschen nicht durchführbar.

Das Einführungsreferat, das für alle Anwesenden verständlich die nationalsozialistische Ideologie auf den Punkt brachte, sollte der beste Teil der Veranstaltung bleiben. Denn statt einer Vertiefung des Themas begab sich die anschließende Diskussionsrunde ins allgemeine ohnmächtige Blabla.

Dr. O. Vahrenhold schätzte die NPD zwar als verfassungsfeindlich ein – womit er nur das bestätigte, was seit über zehn Jahren die NPD selber einräumt, umging aber die Debatte, dass genau seine Behörde ein Verbotsverfahren hatte scheitern lassen. Prof. Dr. C. Weiss forderte erneut ein gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, da-

bei muss ihm wohl entfallen sein, dass die SPD als Juniorpartner der großen Koalition gerade erst Stellen im Bereich der Beratung von Betroffenen rechter Gewalt gestrichen hatte. Sven Forkert, dessen Aufgabendefinition nach wie vor unschlüssig bleibt, brachte wie erwartet nichts Neues zum Thema hervor und politische Schärfe kann man von einem Extremismuskoodinator wohl auch nicht erwarten. Nabil Yacoub blieb die undankbare „Opferrolle“, die insbesondere von der unreflektierten Moderation durch Frau Dr. Kailitz projiziert wurde.

Offene Fragerunden sind bei diesem Thema – erst recht, wenn stadtbekannt Nazis mit im Saal sitzen, immer nicht die Zeit zum Bleiben wert. Diesmal wurde die Diskussionsrunde aber von der Moderatorin selbst getoppt. Nachdem sich nach der kurzfristigen Verhinderung von Christian Demuth (Bürger.Courage) wohl niemand zur Moderation dieser illustren Runde gefunden hatte, übernahm die bisher in diesem Fachgebiet unbekannt Frau Dr. Kailitz diese. Damit hatte man der Veranstaltung wohl den größten Bärendienst erwiesen. Entgegen jeglicher Empfehlungen zum Umgang mit der Wortergreifungsstrategie lies sie die Nazis am Mikro ihre rassistische Hetze verbreiten. Als aus dem Publikum Unmut über diese Vorgehensweise geäußert wurde, wurde darauf verwiesen, dass „ritualisierte Empörung“ hier fehl am Platz sei. Es bleibt zu hoffen, dass folgende Veranstaltungen wieder von scharfsinnigen und aufmerksamen Moderator_innen geleitet werden.

Anzumerken bleibt, dass sich Teile der Dresdner Zivilgesellschaft nicht nur auf dieser Veranstaltung auf extremismustheoretischen Abwegen befinden. So veröffentlichte u.a. Christian Demuth einen Artikel in dem, von den einschlägig bekannten „Extremismusforschern“ Jesse und Backes herausgegebenen Band „Extremismus und Demokratie“, in dem Prof. Dr. Jesse ausführt: „Wer Mitglieder rechtsextremistischer Parteien (zurück-)grüßt, biedert sich nicht an, sondern beachtet Gebote des Anstands.“

Wir fordern alle zum unanständigen Handeln gegen Rechts auf, denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und wer Verbrechern die Hand reicht, befindet sich selbst im rechten Abseits!

Außenansichten

Wenn in einer öffentlichen Veranstaltung über die Rolle der „NPD als geistige Brandstifter“ diskutiert wird, ist auf eines Verlass - die NPD läuft auf um Präsenz zu zeigen, eine Praxis

der Wortergreifungsstrategie, welche die Nazis in Dresden nun schon seit Jahren betreiben.

Und so kamen auch zu dieser Veranstaltung im Haus an der Kreuzkirche insgesamt ca. 30 Nazis von NPD und Freien Kräften um einerseits an der Veranstaltung teilzunehmen und andererseits direkt vor dem Eingang postiert, ein Transparent zu präsentieren und Flugblätter zu verteilen. Denn in den Veranstaltungssaal hinein schaffte es nur das ältere Klientel, was nicht sofort als Nazi erkennbar war, wie beispielsweise Brigitte Lauterbach, Stadträtin des Nationalen Bündnisses Dresden.

Der große Rest hingegen war von der Veranstaltung ausgeschlossen. Als eine Gruppe über einen Seiteneingang in das Gebäude gelangte, konnte dieser noch kurz kurz vor Betreten des Saals der Weg versperrt werden.

Also konzentrierte man sich nun vollends auf die Propagandamittel-Verteilung. Während einige in Zweiergruppen um das Haus an der Kreuzkirche flanierten und Passant_innen den „Blickpunkt Dresden“ und die eigens für diesen Anlass produzierten Flugblätter „Demokratie ist Diskussion - Wer sind hier die „Brandstifter“?“ des NPD Kreisverbandes Dresden verteilten, blieb der Großteil Vorort um das Papier hier unter die Leute zu bringen, mit dabei waren wenig überraschend Jens Baur (KV Vorsitzender) und Paul Lindner (stellvertretender KV Vorsitzender). Auch die Freien hatten etwas für diesen Auftritt vorbereitet - In der Oskar-Röder-Strasse haben sie das Transparent „GEGEN Multi-Kulti - Für die Vielfalt der Völker“ gemalt und ein Grüppchen sportlicher Nazis, Toni Beger und vier Freunde, wurden offensichtlich abgestellt, sich im weiteren Umfeld nach Antifas umzuschauen. Da sich die anwesende Polizei lediglich darauf beschränkte das Geschehen zu dokumentieren, konnten die Nazis den Eingangsbereich des Gebäudes vollkommen dominieren. Wer zur Veranstaltung wollte, musste am Transparent vorbei durch die Gruppe von ca. 30 Nazis hindurch. Die Beamten schienen es nicht für notwendig erachtet zu haben, den Nazis wenigstens die gegenüberliegende Straßenseite zuzuweisen, um die Sicherheit der Veranstaltungsteilnehmer_innen zu gewährleisten.

Schlussendlich wollte Jens Baur eine Spontan Demonstration anmelden, was ihm jedoch aufgrund des mitgebrachten Transparentes eine verwehrt wurde. Und so zogen die Nazis nach Veranstaltungsende zwar nicht auf der Straße doch aber geschlossen ab - bis zum nächsten Mal.

Comeback des Brandanschlags?

Reichenbach, Großschweidnitz, Löbau, Dresden-Cossebaude, Leipzig, Lodersleben, Chemnitz, Wurzen – lang ist die Liste der Orte, in denen im zurückliegenden Monat Brandanschläge durch Nazis verübt worden sind. Betroffen waren zumeist Asia- oder Dönerimbisse, aber auch linke, alternative Projekte wurden Ziel der offensichtlich politisch motivierten Anschläge. Nicht nur das gehäufte Auftreten dieser Naziübergriffe, auch das Vorgehen zeigt eine beunruhigende Qualität: die Brandanschläge in Dresden, Leipzig, Lodersleben und Chemnitz richteten sich gegen Wohnhäuser und nahmen den Tod von Menschen billigend in Kauf.



Ausgebrannter Imbiss in Wurzen am 1. Mai 2008

Die Vorgehensweise mittels Brandsätzen gegen störende „Ausländer“ vorzugehen, ist jedoch keineswegs neu. Bereits in den neunziger Jahren forderten rassistische Angriffe und Anschläge auf MigrantInnen und deren Wohnungen mehrere Todesopfer. Seit dem kommt es immer wieder zu ausländerfeindlichen Brandanschlägen, die für die LadenbetreiberInnen den wirtschaftlichen Ruin bedeuten können und/oder diese zur Aufgabe ihres Geschäfts und zum Wegzug veranlassen. Dabei sind Brandanschläge oft nur der Gipfel rassistischer Übergriffe: Sachbeschädigungen und Verwüstungen an und von Imbissen und Restaurants gehören insbesondere in Sachsen zum Tagesgeschäft der in den

Augen der RassistInnen als Ausländer stigmatisierten LadeninhaberInnen und erregen kaum noch öffentliches Aufsehen.

Auch die nun zu beobachtende Anschlagsserie erfährt kaum eine größere mediale Rezeption oder öffentliche Thematisierung. So verkündete die Dresdner Polizei zum Anschlag in Cossebaude sogar: „Wir gehen aber nach derzeitigen Erkenntnissen nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus“ (1), und schließt damit eine rassistisch motivierte Straftat explizit aus. Die Begründung für diese realitätsfremde Sicht bleibt sie allerdings schuldig.

Die für die Anschläge verantwortlichen Nazis scheinen weitgehend unabhängig voneinander und oftmals relativ spontan zu agieren, was durch das zum Teil dilettantische Vorgehen bestätigt wird. So wurden in Löbau kurz nach dem Brandanschlag vier zum Teil einschlägig bekannte Nazis festgenommen, die „in ihrem Auto Benzin, Farbspray, ein[en] Baseballschläger sowie ein[en] Ehrendolch der Waffen-SS“ mit sich führten“ (2). Mit der Spraydose hatten sie kurz zuvor noch „Deutsche kauft nicht bei Ausländern“ an den gleich darauf angezündeten Imbiss gesprüht. Auch in Reichenbach und Lodersleben liessen Festnahmen nicht lange auf sich warten und in Leipzig wurde der Anschlag offenbar aus einem fahrenden Auto heraus begangen, obwohl der Bereich durch Kameras überwacht wird.

Dennoch fällt es schwer, die Häufung der Brandanschläge als bloßen Zufall abzutun oder gänzlich mit Nachahmungseffekten erklären zu wollen. Nicht unwahrscheinlich erscheint vielmehr, dass es im Zusammenhang mit Daten wie dem 20. April oder dem 1. Mai in rechten Kreisen kursierende Aufrufe oder Diskussionen gab, gegen „Ausländer“ mit Brandsätzen vorzugehen. Konspirativ organisierte Demonstrationen wie in Cottbus am 1. Mai oder in Mittweida am 8. Dezember 2007 zeigen zumindest, dass die hiesige Nazi-Szene über Kommunikationskanäle verfügt in denen sie unentdeckt solche Absprachen treffen kann und über die sie in der Lage ist, diese ebenso unentdeckt zu streuen.

Klar ist damit aber auch, dass so lediglich der Grund für die Häufung der Brandanschläge erklärt wäre. Die eigentliche Motivation – und damit ein Grundproblem einer antifaschistischen Herangehensweise – ist nach wie vor

in einer gesellschaftlich verbreiteten Ideologie zu suchen, die alle Menschen anhand der Frage sortiert, ob sie Teil des nationalen „Wir“ sind oder nicht. Damit wird einem nationalen Rassismus, also der Diskriminierung von Menschen aufgrund anderer Nationalität, die Grundlage bereitet. Eine Grundlage auf der sich Nazis dazu berufen fühlen, ausländerfeindliche Brandanschläge zu verüben.

(1) Sächsische Zeitung, 18. April 2008

(2) Sächsische Zeitung, 18. April 2008

Unvollständige Übersicht:

2007

27. Juli, Frankenberg: Asia-Imbisswagen in Brand gesetzt und versuchte Brandstiftung in einer Pizzeria auf der Chemnitz Straße (Quelle: Amal Sachsen/Freie Presse)

09. Dezember, Senftenberg: Döner-Stand mit Molotowcocktails angezündet, wirtschaftlicher Totalschaden, 5 Verdächtige gefasst (Quelle: Lausitzer Rundschau, 10.12.2007)

2008

22. März, Berlin-Rudow: Brandanschlag auf ein Wohnhaus einer bosnischen Familie (Quelle: Berliner Zeitung vom 05.06. 2008)

7. April, Reichenbach (Vogtland): Molotowcocktail gegen Pizzeria, Feuer konnte rasch gelöscht werden, 4 Täter gefasst, sind aus dem Spektrum der Nazi-Montagsdemo ins Zwickau (Quelle: Freie Presse, 09. & 17. April 2008)

16. April, Langewiesen (Thüringen): Brandanschlag auf den linken Jugendtreff „Garage“ (Quelle: <http://www.agst.antifa.net/archiv/text138.htm>)

17. April, Großschweidnitz: Döner-Stand angezündet, Molotowcocktail (SäZ, 18.04. 2008)

17. April, Dresden/Cossbaude: Döner-Imbiss mit Molotowcocktail angezündet, Polizei: „Wir gehen aber nach derzeitigen Erkenntnissen nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus“ (SäZ, 18. April 2008), weitere Angriffe mit Steinen auf die Fensterscheiben: 30. März, 13. April, 26. April 2008

20. April, Leipzig: Brandanschlag auf den Fischladen (Vereinslokal des Roten Stern Leipzigs), Laden befindet sich in einem Wohnhaus (Quelle: linxxnet)

20. April, Berlin-Neukölln: Brandanschlag auf ein Einfamilienhaus eines türkischen Unternehmers (Quelle: Berliner Zeitung vom 05.06. 2008)

20. April, Blankenfelde (bei Berlin): Brandanschlag auf einen Döner-Imbiss (Quelle: Märkische Allgemeine vom 21.04.2008)

26. April, Lodersleben (Sachsen-Anhalt): Brandanschlag auf polnische Erntehelfer mit einem Molotowcocktail, keine Verletzten, fünf Jugendliche festgenommen (Quelle: Spiegel-Online, 27.04.2008)

28. April, Chemnitz: Brandanschlag auf die Reitbahnstraße 84 mit zwei Molotowcocktails, keine Verletzten (Quelle: Chemnitzer Antifa)

1. Mai, Wurzen: Brandanschlag auf Asia-Döner-Imbiss, explosionsartige Verbrennung, keine Verletzten, Imbiss-Totalschaden (LVZ, 02.05.2008)

1. Mai, Potsdam: 30-50 deutsche Männer greifen einen Döner-Imbiss an und verletzen 4 Personen, so dass diese im Krankenhaus behandelt werden müssen

„Sternstunden“ des Amtsgerichts

Ende April stand Sven Hagendorf wieder einmal vor Gericht. Angeklagt war er u.a. wegen Verunglimpfung des Staates und Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz.



Mit all dem nichts mehr zu tun? Sven Hagendorf (in der Mitte) am 21.06.2008 auf der Spontakundgebung anlässlich des Verbots des JN-Sachsentags. Links neben ihm Jens Baur (NPD Kreisverbandsvorsitzender Dresden), rechts Andreas Storr, daneben Silvio Anders. Und wenn er kein englisch versteht, weiß er sicher auch gar nichts mit der Botschaft auf seinem T-Shirt anzufangen „Day X will come (vorn) Destroy the Zog (hinten)“

Gegenstand der Anklage waren die bei einer Razzia am 4. August 2005 im Klub 14 gefundenen CD's - 110 Schulhof- CD's „Anpassung ist Feigheit“ und separat die dazugehörigen Booklets, 3 CD's der Band Sturmwehr sowie 3 Sampler mit dem Titel „White Terror“. Als Betreiber des inzwischen geschlossenen Nazi-Klubs in Pieschen musste sich nun Sven Hagendorf vor dem Dresdner Amtsgericht verantworten.

Für Staatsanwältin und Richter mimte Hagendorf den geständigen und reumütigen Angeklagten. Denn - so der Deal, den sein Verteidiger Wolfram Narath mit Richter und Staatsanwaltschaft in einem Gespräch unter sechs Augen nach Verlesung der Anklageschrift aushandelte - wenn der Angeklagte ein glaubhaftes Geständnis ablegt, würde die Verurteilung eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen nicht übersteigen.

Also „gestand“ Hagendorf: ja, er war Betreiber des Klub 14 und dort wurde natürlich auch Musik gespielt - aber eigentlich nur Schlager, denn Rechtsrock mag er gar nicht und kennt sich damit auch überhaupt nicht aus. Für die Gäste lagen da lediglich ein paar CD's auf dem Tresen. Die Schulhof CD's lagen auch im Klub - zum Mitnehmen, aber er hatte damit nichts zu tun, denn er musste sich ja um seine Kneipe kümmern.

Wer sich jetzt fragt, wie denn diese 110 CD's und die separaten Booklets dazu überhaupt in Hagendorfs Klub geraten sind, denen müssen wir leider eine Antwort schuldig bleiben. Weder Richter noch Staatsanwältin fanden diese Frage so spannend wie wir. Die CD's waren da und Hagendorf hatte damit nichts zu tun - Punkt.

Aber da waren ja noch weitere CD's in der Anklageschrift erwähnt. Sturmwehr - „Lieder von allen Fronten“ - Zugegeben seine Gleichgültigkeit gegenüber dem was da in seinem Klub gespielt wurde war nicht richtig, räumte Hagendorf ein, aber er kennt sich doch mit Rechtsrock gar nicht aus. Und was die 3 Sampler „White Terror“ angeht - diese wurden von einer us-amerikanischen Band, die zu Besuch war, liegen gelassen - als Gastgeschenk sozusagen. Was darauf gesungen wurde und was der Titel bedeutet, konnte er beim besten Willen nicht deuten, denn er kann doch kein englisch. Das Cover, welches wie die Staatsanwältin bemerkte doch eindeutig diskriminierende Abbildungen zeigte, habe er sich nicht genau angesehen. Heute habe er mit all dem nichts mehr zu tun und seine Kneipe gibt es seit über 2 Jahren nicht mehr. Er arbeitet täglich nur für seine Hausmeister-Service - Ich-Ag damit er den Unterhalt für seine drei Kinder zahlen kann. Seine Teilnahme an Naziveranstaltungen oder gar seine Funktion als Lautifahrer auf der Nazidemonstration am 13. Februar 2008 in Dresden kamen an dieser Stelle natürlich nicht zur Sprache.

Für die Staatsanwältin war sowohl Geständnis als auch Hagendorfs Distanzierung sehr überzeugend. Weshalb sie entsprechend der Absprache eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen a 25€ forderte. Auch RA Narath schloss sich der Forderung an. Denn auch wenn der Angeklagte unmöglich gewußt haben konnte, wie es rechtlich um die Schulhof-CD steht - schließlich hätten sich die Kollegen Jahre lang darum gestritten, inwieweit diese strafrechtlich relevant sei - aber an die dieser Schwelle zwischen Legalität und Illegalität hätte Hagendorf dies prüfen müssen - es handele sich also um Fahrlässigkeit, nicht um Vorsatz. Nicht nehmen ließ sich Narath an dieser Stelle auf das Gutachten „seiner Hamburger Kollegin“, welches die Schulhof CD als strafrechtlich unbedenklich ausweist. Gemeint gewesen sein dürfte sicherlich die Rechtsanwältin Gisa Pahl vom „Deutschen Rechstbüro“ (DRB), welches

sich selbst als „Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Grundrechte nationaler Deutscher“ bezeichnet und eine Art Vernetzung rechter Anwälte darstellt. Neben der Vermittlung von Anwälten, erstellt und sammelt das DRB auch Gutachten zu Rechtsrock-CD's.

Letztendlich kam auch der Richter zu seinem wenig überraschenden Urteil: eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen a 25€.

Nicht im Urteil enthalten sind die „White Terror“ Sampler. Da Hagendorf kein englisch kann, einigte man sich darauf diesen Vorwurf einzustellen. Zwar bemerkte die Staatsanwältin noch einmal, dass der Inhalt der CD sich auch von dem Cover ablesen lasse, da auf diesem Schwarze diskriminierend dargestellt werden. Hier widersprach RA Narath jedoch und meinte, dass dies Interpretationssache sei. Er verwies auf ein farbiges Mädchen einer Schulklasse im Publikum und meinte, dass man da ja ganz tolerant sei. Anstatt zu intervenieren stimmten Richter und StAin in den alltagsrassistischen Kanon ein, wobei die Staatsanwältin noch die Attraktivität des Mädchens hervorhob.

Zusammengefasst lässt sich zu diesem Prozess sagen, dass er - offenbar dem Amtsgericht in Dresden angemessen - einem Stelldichein von Unfähigkeit, Unwissenheit, Naivität und Alltagsrassismus gleichkam.

Nazitreffpunkt besteht fort.

Wir bereits im letzten review angedeutet, besteht das Objekt auf der Oskar-Röder-Straße in Dresden Reick weiter. Nachdem die Holzbaracke unter tatkräftiger Mithilfe der Nazis abgerissen wurde, sind sie in das Hauptgebäude auf dem Grundstück umgezogen. In dem durch Tilo Kriegel (review 01/2007) angemieteten Objekt stehen ihnen damit über 100qm im Keller- und Erdgeschoss zur Verfügung. Es ist der derzeit wichtigste Treffpunkt der Nazis in Dresden.

Eigentümer und Vermieter des Objektes und damit Geschäftspartner der Nazis, ist der über 90jährige Kunstschmied Alfred Schmidt aus Trappenkamp in Schleswig-Holstein. Schmidt, der in den 50er Jahren die DDR verlassen hatte, baute nach der Vereinigung seine Firma auch in Dresden wieder auf. Im

September vergangenen Jahres geisterte er als möchtegern Retter für den Dresdner Welterbetitel herum und machte einen eigenen Vorschlag für die Waldschlößchenbrücke. „In regelmäßigen Abständen würde Schmidt eine Tänzerinnen-Doppelfigur aus Edelstahl von 3,5 Metern Höhe aufstellen. „Das wäre ein Blickfang, der von der Brücke als solcher ablenkt und das Auge mit anderen Dingen beschäftigt.“ Insgesamt sieht Schmidt 60 sol-



Alfred Schmidt in seiner Werkstatt. SäZ, 01.09.2007

cher Doppelfiguren, mithin also 120 Tänzerinnen vor. „ (Lübecker Nachrichten, 5.8.2007) Er wolle „nicht tatenlos zuschauen, wie seine Heimatstadt ins kulturpolitische Aus läuft.“ (ebenda)

Eine gewisse Nähe zu revanchistischem Gedankengut tauche auch bei seiner Arbeit auf. Bei einer von ihm hergestellten Wappenwand für das Norderstedter Rathaus war nicht nur die Präambel des Grundgesetzes mit der Aufforderung zur Wiedervereinigung dargestellt, sondern wurde von den Wappen der Ostgebiete flankiert und durch eine Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 ergänzt. Nach Protesten musste Schmidt die Wappenwand ändern.

Mit den rechten Mietern in Dresden hat er keine Probleme, hegt eher Sympathie für sie.

Empfehlenswert:

GAMMA - Antifa-Newsflyer für Leipzig und Umland
<https://projekte.free.de/infotelefon>

[A]ntifaschistische [R]echerche [G]ruppe RDL
<http://aardl.blogspot.de/recherche/>

[A]ntifa [R]echerche [T]eam Nordbayern
<http://www.art-nb.de/>